



**wahlkabine.at**

Österreichs erfolgreichste Politik-Orientierungshilfe im Internet

## **Fragen und Standpunkte der Parteien zur Landtagswahl Niederösterreich 2013.**

Hier ein Überblick über die Standpunkte der Parteien und deren Gewichtung der Sachthemen, wie sie vom Redaktionsteam zusammengefasst wurden.

### **Berücksichtigte Parteien**

Für die Realisierung der Internet-Wahlkabine zur NÖ Landtagswahl wurden Parteien berücksichtigt, die landesweit kandidieren und bereits in einer Volksvertretung auf regionaler, nationaler bzw. überregionaler Ebene vertreten sind:

- ÖVP
- SPÖ
- FPÖ
- Grüne
- Team Stronach

Hintergrundinformationen über Konzept, Realisierung und Methodik finden Sie auf [www.wahlkabine.at](http://www.wahlkabine.at)

# 1. Soll die Neubesetzung von Spitzenpositionen der niederösterreichischen Landesverwaltung zeitlich beschränkt werden?

<b>ÖVP</b>	<b>Nein</b>	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
--		






<b>SPÖ</b>	<b>Nein</b>	<input type="checkbox"/>
Wir setzen bei Führungsfunktionen auf Kontinuität.		

<b>FPÖ</b>	<b>Nein</b>	<input type="checkbox"/>
--		

<b>Grüne</b>	<b>Ja</b>	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
--		

<b>Team Stronach</b>	<b>Ja</b>	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
--		

## 2. Soll das Land Niederösterreich ein Verbot riskanter Spekulationsgeschäfte für alle Gebietskörperschaften einführen?

<b>ÖVP</b>	<b>Ja</b>	
NÖ hat bereits eine sehr konservative Veranlagungsrichtlinie und wird als erstes Bundesland die Verfassungsbestimmungen und 15-a-Vereinbarung umsetzen.		
<b>SPÖ</b>	<b>Ja</b>	
Mit öffentlichen Geldern darf nie mehr spekuliert werden. Wir brauchen ein Spekulationsverbot in der niederösterreichischen Landesverfassung.		
<b>FPÖ</b>	<b>Ja</b>	
--		
<b>Grüne</b>	<b>Ja</b>	
--		
<b>Team Stronach</b>	<b>Ja</b>	
--		

### 3. Soll das Recht des niederösterreichischen Landeshauptmanns auf regelmäßige Radioansprachen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk aufgehoben werden?

ÖVP	Nein	■ ■ ■
--		


SPÖ	Ja	■ ■
Der öffentliche Rundfunk soll nicht für parteipolitische Selbstdarstellung missbraucht werden.		


FPÖ	Nein	■
--		


Grüne	Ja	■
--		

Team Stronach	Ja	■ ■ ■
--		

## 4. Soll das Land Niederösterreich mehr Gewaltschutzeinrichtungen für Frauen anbieten?

<b>ÖVP</b>	<b>Ja</b>	
NÖ hat bereits ein umfassendes Angebot an derartigen Einrichtungen. Schutz vor Gewalt an Frauen muss aber höchste Priorität haben.		






<b>SPÖ</b>	<b>Nein</b>	
Ein flächendeckendes Angebot an Schutzeinrichtungen ist gegeben, jedoch muss eine langfristige und nachhaltige Finanzierung sichergestellt werden.		

<b>FPÖ</b>	<b>Nein</b>	
--		

<b>Grüne</b>	<b>Ja</b>	
--		


<b>Team Stronach</b>	<b>Ja</b>	
--		

## 5. Soll das Land Niederösterreich angesichts steigender Treibstoffpreise kostengünstige Tankstellen anbieten?


<b>ÖVP</b>	<b>Nein</b>	
Ja zur Pendlerförderung, Nein zu undifferenzierter Förderung im Gießkannenprinzip.		
<b>SPÖ</b>	<b>Ja</b>	
Den steigenden Lebenshaltungskosten muss entgegengewirkt werden.		
<b>FPÖ</b>	<b>Nein</b>	
--		
<b>Grüne</b>	<b>Nein</b>	
--		
<b>Team Stronach</b>	<b>Nein</b>	
Die Erfahrung zeigt, dass die öffentliche Hand in der Regel als Unternehmer versagt.		

## 6. Soll das Land Niederösterreich mehr Asyl-Aufnahmezentren in direkter Nähe zur Bevölkerung errichten?

<b>ÖVP</b>	<b>Nein</b>	
--		






<b>SPÖ</b>	<b>Nein</b>	
Die Installierung von Asyl-Aufnahmezentren ist Bundeskompetenz.		

<b>FPÖ</b>	<b>Nein</b>	
--		

<b>Grüne</b>	<b>Ja</b>	
Eher mit Ja zu beantworten, weil große Lager wie Traiskirchen mehr Probleme schaffen als kleine Lager.		

<b>Team Stronach</b>	<b>Nein</b>	
--		

## 7. Soll zur Aufklärung der Spekulations- und Veranlagungsgeschäfte der HYPO NÖ ein Untersuchungsausschuss eingesetzt werden?

<b>ÖVP</b>	<b>Nein</b>	
Es gibt keine Spekulationsgeschäfte im Bereich des Landes. Die Veranlagung wird regelmäßig vom Rechnungshof geprüft.		
<b>SPÖ</b>	<b>Ja</b>	
Grundsätzlich ist die politische Verantwortung rund um das Spekulieren mit Steuergeld zu klären.		
<b>FPÖ</b>	<b>Ja</b>	
--		
<b>Grüne</b>	<b>Ja</b>	
--		
<b>Team Stronach</b>	<b>Ja</b>	
--		



## 8. Soll in Niederösterreich die Fusionierung von Gemeinden durch eine Strukturreform ermöglicht werden?

<b>ÖVP</b>	<b>Nein</b>	■ ■ ■
Gemeindekooperationen statt zwangsweiser Zusammenlegung von oben.		
<b>SPÖ</b>	<b>Nein</b>	■ ■
Wir treten für eine verstärkte Gemeinde-Kooperation auf freiwilliger Basis ein. Wenn Gemeinden fusionieren wollen, ist das ohnehin möglich.		
<b>FPÖ</b>	<b>Ja</b>	■
--		
<b>Grüne</b>	<b>Nein</b>	■
--		
<b>Team Stronach</b>	<b>Ja</b>	■ ■
--		

## 9. Soll sich das Land Niederösterreich für eine Verlängerung der Wiener U-Bahn-, Bus- und Straßenbahnlinien über die Stadtgrenze hinaus einsetzen?

<b>ÖVP</b>	<b>Ja</b>	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>
--		






<b>SPÖ</b>	<b>Ja</b>	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>
Die Pendlerverbindungen des öffentlichen Verkehrs zwischen Niederösterreich und Wien auszubauen ist eine zentrale Aufgabe, um die Situation für PendlerInnen zu verbessern. Dies wird von der SPNÖ bereits viele Jahre gefordert.		

<b>FPÖ</b>	<b>Ja</b>	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>
--		


<b>Grüne</b>	<b>Ja</b>	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>
--		


<b>Team Stronach</b>	<b>Ja</b>	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>
--		


## 10. Soll im niederösterreichischen Waldviertel eine Autobahnverbindung zwischen Krems und Budweis errichtet werden?

<b>ÖVP</b>	<b>Nein</b>	
Es sollen die zwei Hauptverkehrsachsen B4 und B37 im Waldviertel in Abstimmung mit den Regionen in den kommenden Jahren ausgebaut werden. Zusätzlich wird in den Ausbau des öffentlichen Verkehrs investiert.		
<b>SPÖ</b>	<b>Ja</b>	
Eine wichtige Verkehrsverbindung, deren Umsetzung dringendst benötigt wird und von uns immer unterstützt wurde (Schnellstraße ebenso möglich).		
<b>FPÖ</b>	<b>Ja</b>	
--		
<b>Grüne</b>	<b>Nein</b>	
--		
<b>Team Stronach</b>	<b>Ja</b>	
--		


# 11. Sollen in Niederösterreich ganztägige Schulformen stärker ausgebaut werden?

<b>ÖVP</b>	<b>Ja</b>	
Ausbau ganztägiger Schulformen (schulische Nachmittagsbetreuung) wird forciert, aber immer unter Beibehaltung der Wahlfreiheit für die Eltern. Eine Zwangstagsschule lehnen wir ab.		






<b>SPÖ</b>	<b>Ja</b>	
Niederösterreich soll zum Bildungsmusterland werden, dabei soll die Ganztagschule ein wichtiger Punkt werden. Die Vereinbarkeit von Job und Familie ist ein weiterer Punkt, der hier unterstützt wird.		

<b>FPÖ</b>	<b>Ja</b>	
Allerdings nur unter Wahrung der Wahlfreiheit; d.h. Tagesheimschulen und nicht verpflichtende Anwesenheit bis zum Abend.		

<b>Grüne</b>	<b>Ja</b>	
--		


<b>Team Stronach</b>	<b>Ja</b>	
Ist eine wichtige Unterstützung alleinstehender Frauen.		

## 12. Sollen Niederösterreichs Schulen mehr Geld zur Förderung der Sprachkenntnisse von Kindern mit nicht-deutscher Muttersprache erhalten?

<b>ÖVP</b>	<b>Ja</b>	
Erfolgt durch den Einsatz von interkulturellen MitarbeiterInnen in Kindergärten und Schulen.		
<b>SPÖ</b>	<b>Ja</b>	
Mit dem verpflichtenden Kindergarten-Jahr wurde hier bereits ein Weg eingeschlagen, den es weiter zu verfolgen gilt. Um Integration zu verbessern und langfristig zu gewährleisten muss das Land Niederösterreich Deutschkenntnisse verstärkt fördern.		
<b>FPÖ</b>	<b>Nein</b>	
--		
<b>Grüne</b>	<b>Ja</b>	
--		
<b>Team Stronach</b>	<b>Ja</b>	
--		

### 13. Soll Niederösterreich kostenlos Möglichkeiten zum Schwangerschaftsabbruch anbieten?

<b>ÖVP</b>	<b>Nein</b>	
--		

<b>SPÖ</b>	<b>Ja</b>	
Frauen sollen die Möglichkeit auf Beratung und Betreuung haben, um selbst und ohne Verbindung mit Kosten diese wichtige Entscheidung zu treffen.		

<b>FPÖ</b>	<b>Nein</b>	
--		

<b>Grüne</b>	<b>Ja</b>	
--		


<b>Team Stronach</b>	<b>Nein</b>	
Diese Regelung ist österreichweit zu klären.		

## 14. Soll das Land Niederösterreich zur medizinischen Versorgung weitere Spitaler errichten?

<b>ÖVP</b>	<b>Nein</b>	■ ■ ■
Die 27 Klinikstandorte in NÖ sind bevölkerungsnah und dezentral. Im Rahmen des Ausbauprogramms werden 2 Milliarden Euro in den Aus- und Neubau investiert.		
<b>SPÖ</b>	<b>Nein</b>	■
Die Versorgung ist in Niederösterreich flächendeckend gewährleistet. Bei Bedarf können einzelne Schwerpunkte zusätzlich gesetzt werden.		
<b>FPÖ</b>	<b>Ja</b>	■ ■
--		
<b>Grüne</b>	<b>Nein</b>	■
--		
<b>Team Stronach</b>	<b>Nein</b>	■ ■ ■
Ausreichende Strukturen vorhanden; niedergelassenen Bereich stärken.		

## 15. Soll das Land Niederösterreich die Bereitstellung von Verwaltungsdienstleistungen im Internet (e-Government) ausbauen?

<b>ÖVP</b>	<b>Ja</b>	
--		

<b>SPÖ</b>	<b>Ja</b>	
Die Zukunft der Verwaltung liegt im Internet. E-Government muss daher langfristig gezielt ausgebaut werden. Darüber hinaus soll die Möglichkeit der E-Petition direkt an die Landesregierung und den Landtag eingeführt werden.		

<b>FPÖ</b>	<b>Ja</b>	
--		

<b>Grüne</b>	<b>Ja</b>	
--		

<b>Team Stronach</b>	<b>Ja</b>	
--		



## 16. Soll das Land Niederösterreich bei stationären Pflegefällen die Kosten zur Gänze übernehmen?

<b>ÖVP</b>	<b>Nein</b>	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
In NÖ gibt es keinen Regress auf das Einkommen von pflegenden Angehörigen und PartnerIn.		
<b>SPÖ</b>	<b>Nein</b>	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Das für diese Zwecke gewährte Pflegegeld sollte weiterhin auch für die stationäre Pflege herangezogen werden.		
<b>FPÖ</b>	<b>Nein</b>	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Die Vermögenssituation muss berücksichtigt werden.		
<b>Grüne</b>	<b>Ja</b>	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
--		
<b>Team Stronach</b>	<b>Ja</b>	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
--		

## 17. Soll das Land Niederösterreich stärker in die Repräsentation des Bundeslandes auf EU-Ebene investieren?

<b>ÖVP</b>	<b>Nein</b>	■
Mit dem NÖ Verbindungsbüro in Brüssel und dem Europaforum Wachau ist NÖ bestens aufgestellt.		
<b>SPÖ</b>	<b>Nein</b>	■
Die Repräsentation des Landes Niederösterreich wird durch das Landesbüro vor Ort, die Vertretung im Ausschuss der Regionen und den EU-Parlamentarier ausreichend gewährleistet.		
<b>FPÖ</b>	<b>Nein</b>	■
--		
<b>Grüne</b>	<b>Ja</b>	■ ■
--		
<b>Team Stronach</b>	<b>Nein</b>	■ ■
--		






## 18. Sollen Studierende mit Hauptwohnsitz in Niederösterreich die öffentlichen Verkehrsmittel kostenlos benützen dürfen?

<b>ÖVP</b>	<b>Nein</b>	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Fordern vom Bund ein kostengünstiges Studenticket analog zum Erfolgsmodell des TOP Jugend-Tickets.		
<b>SPÖ</b>	<b>Nein</b>	<input type="checkbox"/>
Wir fordern ganz klar, dass das 60 Euro Semester (Jugend) Top-Ticket auch für StudentInnen bis 26 Jahre (bislang nur für SchülerInnen und Lehrlinge) erhältlich ist.		
<b>FPÖ</b>	<b>Ja</b>	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
--		
<b>Grüne</b>	<b>Ja</b>	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
--		
<b>Team Stronach</b>	<b>Nein</b>	<input type="checkbox"/>
--		






## 19. Soll die niederösterreichische Parteienförderung gekürzt werden?

<b>ÖVP</b>	<b>Nein</b>	■
NÖ hat als erstes Bundesland das bundeseinheitliche Parteienfinanzierungsgesetz umgesetzt. Bei der möglichen Bandbreite der Förderung sind wir im unteren Drittel.		
<b>SPÖ</b>	<b>Nein</b>	■
Demokratie kostet Geld und für die Wahrung eines demokratischen Pluralismus braucht es auch entsprechende Förderungen.		
<b>FPÖ</b>	<b>Ja</b>	■ ■
--		
<b>Grüne</b>	<b>Nein</b>	■
--		
<b>Team Stronach</b>	<b>Ja</b>	■ ■ ■
Fairness gegenüber neuen, anderen Parteien und Sparsamkeit.		

## 20. Sollen Möglichkeiten der Direktdemokratie (Volksbegehren, Volksbefragung, Volksabstimmung) in Niederösterreich ausgebaut werden?

<b>ÖVP</b>	<b>Ja</b>	
--		
<b>SPÖ</b>	<b>Ja</b>	
Der Ausbau direkter Demokratie, aber vor allem neuer direkter Demokratieformen wie: E-Petition und BürgerInnenanfragen, die auf der Eigeninitiative der Bevölkerung beruhen, sollen ausgebaut werden. Die SPNÖ ist auch in Fragen der Partizipation näher beim Menschen.		
<b>FPÖ</b>	<b>Ja</b>	
--		
<b>Grüne</b>	<b>Ja</b>	
--		
<b>Team Stronach</b>	<b>Ja</b>	
Entspricht unseren Werten Fairness, Transparenz, Wahrheit.		

## 21. Soll gesellschaftskritische Kunst in Niederösterreich höher gefördert werden als traditionelle Volkskultur?

<b>ÖVP</b>	<b>Nein</b>	
NÖ lebt von der Vielfalt einer vielfältigen und liberalen Kulturarbeit.		
<b>SPÖ</b>	<b>Ja</b>	
Uns ist traditionelle sowie gesellschaftskritische Kunst wichtig. Wir wollen vor allem eine gezieltere Kulturförderung, weg von Großevents hin zu einer sozialen Absicherung der KünstlerInnen, um deren künstlerische Freiheit gewährleisten zu können.		
<b>FPÖ</b>	<b>Nein</b>	
"Gesellschaftskritisch" entpuppt sich oft als "politisch korrekt".		
<b>Grüne</b>	<b>Ja</b>	
--		
<b>Team Stronach</b>	<b>Nein</b>	
--		

## 22. Sollen alle Beschlüsse der niederösterreichischen Landesregierung offen gelegt werden?


<b>ÖVP</b>	<b>Nein</b>	■
Die Information über Beschlüsse erfolgt regelmäßig. Die Offenlegung hat Grenzen bei Amtsverschwiegenheit und Datenschutz.		
<b>SPÖ</b>	<b>Ja</b>	■ ■ ■
Beschlüsse müssen für die Bevölkerung nachvollziehbar sein, deswegen muss die Landesregierung für die nötige Transparenz sorgen und die Beschlüsse unter Wahrung des Datenschutzes offen legen.		
<b>FPÖ</b>	<b>Ja</b>	■ ■ ■
--		
<b>Grüne</b>	<b>Ja</b>	■ ■ ■
--		
<b>Team Stronach</b>	<b>Ja</b>	■ ■ ■
Frage der Transparenz.		


## 23. Soll das Land Niederösterreich für insolvente Betriebe Kredithaftungen übernehmen?

<b>ÖVP</b>	<b>Nein</b>	■ ■
Ausnahmen sind dann möglich, wenn ein positives Weiterführungskonzept vorliegt.		
<b>SPÖ</b>	<b>Ja</b>	■ ■
Für diese Situationen schlagen wir vor, eine NÖ Landessanierungsgesellschaft zu gründen, welche zu 100% im Besitz des Landes und der Sozialpartner ist. Sie würde insolventen Unternehmen mit Personal, Wissen und Finanzförderungen unterstützen, bis diese wieder eigenständig handeln könnten.		
<b>FPÖ</b>	<b>Nein</b>	■ ■
Nicht generell. Der Einzelfall ist zu prüfen.		
<b>Grüne</b>	<b>Ja</b>	■
Ohne realistisches Sanierungskonzept sollte kein neues Geld zur Verfügung gestellt werden.		
<b>Team Stronach</b>	<b>Nein</b>	■ ■ ■
Ab bestimmter überregionaler Wichtigkeit mit starker Prüfung "Ja", ansonsten "Nein".		



## 24. Soll sich das Land Niederösterreich für eine steuerliche Entlastung von Kleinunternehmen einsetzen?

<b>ÖVP</b>	<b>Ja</b>	
NÖ bietet vielfältige Unterstützungen für EPU's und KMUs durch die ecoplus Wirtschaftsagentur des Landes.		






<b>SPÖ</b>	<b>Ja</b>	
Kleinunternehmen müssen entlastet werden, dies kann steuerlich am einfachsten und effektivsten erfolgen.		

<b>FPÖ</b>	<b>Ja</b>	
--		

<b>Grüne</b>	<b>Ja</b>	
--		

<b>Team Stronach</b>	<b>Ja</b>	
--		

## 25. Soll das Land Niederösterreich verstärkt in Kinderbetreuungseinrichtungen für unter Dreijährige investieren?

<b>ÖVP</b>	<b>Ja</b>	
Neben dem Ausbau der NÖ Landeskindergärten ab 2,5 Jahren mit 14.000 neuen Betreuungsplätzen bietet NÖ ein neues Fördermodell für alle Formen der Kleinkinderbetreuung.		
<b>SPÖ</b>	<b>Ja</b>	
Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Mütter zu gewährleisten, ist die flächendeckende Kinderbetreuung mit flexiblen Öffnungszeiten für unter Dreijährige Voraussetzung.		
<b>FPÖ</b>	<b>Nein</b>	
Die Wahlfreiheit ist durch einen Ausbau des Kindergeldes zu sichern.		
<b>Grüne</b>	<b>Ja</b>	
--		
<b>Team Stronach</b>	<b>Ja</b>	
Entlastung berufstätiger und/oder alleinstehender Mütter.		